

Der Obsthandel gegen die Zwangswirtschaft.

Der Verband deutscher Obst-, Gemüse- und Südfrüchte-Großhändler hielt gestern in der Berliner Handelskammer seine Frühjahrstagung ab, die den Behörden die Auffassung des Handels über das System des regulierten Handels und seine Wirkungen vor Augen führen sollte. Die Tagung war von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands sehr gut besucht. Von der Reichsstelle für Gemüse und Obst war Oberregierungsrat Lilly anwesend.

Dr. Arno Schade-Düsseldorf führte den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches zu einem großen Teile auf die Ein- und Durchführung der Zwangswirtschaft zurück. Die Einfuhrmaßnahmen der Reichsstelle hätten vollständig versagt, ebenso die ganze zwangsweise Verteilung; die Folge sei nur die Züchtung des Schleichhandels gewesen. Wenn Deutschland sich erneuern will, muß es sich ablehren von einer Wirtschaftsmoral, die wider die Natur ist.

Der zweite Referent, Hermann Böding aus Großgotttern, erwarde von der Wiedereinsetzung des freien Handels einen Preissturz. Unter allen Umständen müsse für das Herbstgemüse die Zwangswirtschaft fallen.

Paul Gehrke-Berlin erklärte, kein Mensch kümmere sich mehr um die Anordnungen der Reichsstelle. Um die Provinzial- und Bezirksstellen herum habe sich eine Kamorra von Vertretern der Großmärkte gebildet, die mit den Landräten verknüpft seien, und diese Leute wollten den freien Handel nicht, damit sie sich ihre Taschen füllen könnten. Der Redner wendet sich auch gegen die Einmischung der Kommunen und führt Beispiele unerhörter Verteuerung durch dieses System an. Während sich der Großhandel früher mit 10 v. H. begnügt habe, lämen jetzt 100 v. H. Aufschlag auf die Ware. Die Zwangswirtschaft müsse in allen ihren Teilen verschwinden.

Der Vorstand des Deutschen Pomologenvereins, Carlus, befürchtet durch die plötzliche Freigabe des Handels eine große Preissteigerung für Gemüse und Obst. Er hält es für das zweckmäßigste, bei der Wiedereinsetzung des freien Handels für den Kleinhandel eine Preisgrenze festzusetzen.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat Lilly, erklärte sich als Gegner der Zwangswirtschaft, aber während des Krieges sei es nicht ohne Zwang gegangen. In den Jahren 1913—1916 ging der Gemüseanbau im Reiche von 166 000 Hektar auf 104 000 Hektar zurück. Auf Grund meiner Erfahrungen schritt ich zu dem Lieferungsvertragssystem. Ich bin viel deshalb angefochten worden, aber der Erfolg ist auf meiner Seite. Der Anbau ging wieder in die Höhe. (Zuruf: Leider!) Ich teile die Auffassung nicht. Wäre der Krieg nicht zu Ende gegangen, wäre nicht zu viel dagewesen. Was wollen Sie mit dem freien Handel, wenn Sie keine Ware haben? Daß das Geschäft mit den Lieferungsverträgen kein schlechtes war, wird dadurch bewiesen, daß viele Händler bei mir ihre Zulassung nachsuchten. Es ist jetzt der merkwürdige Zustand eingetreten, daß ich für den freien Handel gegen den Willen des Handels kämpfen muß, denn viele Großhändler sind an mich herangetreten und haben mich ersucht, unter keinen Umständen am 1. April schon den Handel freizugeben. Sie sind im Frühobst- und Gemüsehandel ja vollkommen frei. Für die Herbsterte kann ich noch keine Versprechen geben. Es besteht die Befürchtung, daß die Preise für Frühobst so hohe werden, daß die Bevölkerung wieder die Zwangsbewirtschaftung verlangt. Der Außenhandel ist noch nicht völlig frei wegen der Vorschriften, die sich meinem Einfluß entziehen. Die Reichsstelle selber kauft jedoch nichts mehr im Ausland. In nicht zu fernher Zeit hoffe ich den Verkauf von Fabrikaten im Auslande freigeben zu können. Ich stehe jetzt in Unterhandlungen mit einem holländischen Konsortium, das der Gesamtheit der deutschen Händler einen festen Kredit einräumen will, so daß jeder Händler, der den grünen Schein hat, ohne weiteres daran teilnehmen kann. Ich gehe unbedürmer meinen Weg im weiteren Abbau der Zwangswirtschaft. Wenn Sie die Reichsstelle angreifen, so greifen Sie die Stelle an, die für sie kämpft.

In einer Entschließung, die angenommen wurde, erhebt der Großhandel für Früchte und Gemüse Protest gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft für Früchte und Gemüse in irgendeiner Form und fordert die unverzügliche Freigabe des Inlandsverkehrs sowie die Öffnung der Grenzen für Früchte und Gemüse und deren Fabrikate.